



Bermatingen kommunal

Mitteilungen des Ortsvereins der SPD
für die Ortsteile Bermatingen und Ahausen

Nr. 53
Dezember 2007

Die SPD leistet gute Arbeit

Während die Kanzlerin auf Reisen ist, leisten unsere SPD-Minister Olaf Scholz (Arbeitsminister), die so genannten „stones“, Frank-Walter Steinmeier (Außenminister) und Peer Steinbrück (Finanzminister) tolle und erstklassige Arbeit. Die Neuverschuldung konnte auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung reduziert werden. Die Arbeitslosenzahl sinkt dieses Jahr um weitere 500.000 ! und ist somit auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken. Die Steuereinnahmen sprudeln und die Sanierung der Staatsfinanzen ist in Sicht. Darauf können wir stolz sein !



In der SPD hat Hubertus Heil eine neue SPD-Kampagne mit dem Titel "Gute Arbeit" vorgestellt. "Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit. Deshalb wollen wir Vollbeschäftigung. Arbeit muss menschenwürdig sein. Deshalb wollen wir Gute Arbeit", sagte Heil. "Wir erleben ein Wirtschaftswachstum mit 2,7 Prozent. Tatsache ist aber auch, dass der Aufschwung an vielen Menschen vorbeigeht", nannte Heil einen der Gründe für die Kampagne.

Nach 18 Jahren hat die SPD im Oktober in Hamburg ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Die SPD bekennt sich damit stolz zu ihrer Tradition und stellt das Soziale in den Mittelpunkt. Erhard Eppler stellte fest: "Wir machen Deutschland damit zukunftsfest." Das neue Grundsatzprogramm zum Lesen und Herunterladen finden sie auf unserer homepage unter spd-bermatingen.de.

Im Sommer hat die SPD-Landtagsfraktion ein umfassendes Bildungskonzept vorgelegt. Mit dem Titel „Bessere Bildung für alle!“ beziehen sich die Vorschläge auf fünf bildungspolitische Handlungsfelder. Wir im Bodenseekreis diskutieren in Veranstaltungen zu diesen Handlungsfelder mit regionalem Bezug. Die Veranstaltungstermine

entnehmen sie auf der Rückseite unter Termine. Übrigens, der Südkurier meldet am 11.12.2007 folgendes: Bundesbildungsministerin Anette Schavan überreicht den 1. Preis für die „Beste Schule Deutschlands 2007“ an die Robert-Bosch-Schule in Hildesheim. Das besondere daran: Es handelt sich dabei um eine integrierte Gesamtschule, jene Schulform, die sie als Landesministerin in BW vehement bekämpft hat. Frage: Hat da ein Umdenken stattgefunden oder handelt es sich um einen Fall von Heuchelei im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen?

Wir in Bermatingen werden die Entwicklung um das Hallenbad beobachten, wir werden versuchen die Strassen wieder heller zu bekommen und auf unsere dringend notwendige Umgehungsstrasse drängen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch und Ihnen ein schönes Weihnachtsfest

Was kommt da auf uns zu ?

Im immer attraktiver werdenden Gewerbepark in Salem-Neufrach wollen sich demnächst Logistikspezialisten mit großen Gebäuden zur Lagerhaltung ansiedeln, die den Raum Friedrichshafen täglich mit einer Vielzahl von LKW-Fahrten bedienen wollen. Gemeinderat und Verwaltung von Salem haben dem gerade zugestimmt. Die Planungen der Firmen MTU und Kögl werden wohl darauf hinauslaufen, in spätestens einem Jahr ihre neuen Einrichtungen betriebsklar zu haben.

Auf die Ortsdurchfahrt in Bermatingen und möglicherweise auch die in Ahausen kommen da ungeahnte Belastungen zu, weil die Realisierung der Bermatinger / Markdorfer Umfahrung noch in einiger Ferne liegt. Von mehr als einhundert Fahrten mittlerer und grosser LKWs ist die Rede. Wird man unserm Schultes und seinen Bediensteten im Rathaus eine Gefahrenzulage zugestehen müssen?

Einen weiteren Pferdefuss finden wir in der Bundesfernstrassenplanung. Die von der Landesregierung neuerdings gesetzten Prioritäten für den Fernstrassenbau tragen offensichtlich den Notwendigkeiten im Bodenseeraum keine

Rechnung; B30- und B31-Ausbau erhalten nicht die vom Kreistag kürzlich geforderten vorderen Ränge; „Kreistag mahnt Land und Bund endlich zu handeln“. Wenn also unsere Ortsumfahrungen in absehbarer Zeit – in vielleicht 8-10 Jahren – gebaut sind und damit die Ortsdurchfahrten von den hohen Belastungen befreit werden, die Bundesstrassen aber erst sehr viel später leistungsfähiger gemacht werden, sehen wir letztlich zum reichlich wachsenden Regionalverkehr dann auch noch den Fernverkehr auf unsere Gemeinde zukommen.

Nützt und schützt

Ein Blick ins Baugewerbe hilft. Seit Jahren wird es gegen Schmutzkonzurrenz geschützt. Und zwar keineswegs gegen den Willen des Gewerbes, sondern auf dessen Drängen hin wurde das Arbeitnehmerentendegesetz durch die rot-grüne Regierung 2004 in eine wirklich schützende Fassung gebracht. Erstmals eingeführt wurde es im Übrigen 1996 durch eine CDU-Regierung. In Verbindung mit dem allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag für das Baugewerbe legt das Gesetz für dieses lohnintensive Gewerbe fest, dass auswärtige Bauunternehmer hier nicht zu Dumping-Bedingungen, insbesondere nicht zu Dumping-Löhnen, arbeiten lassen dürfen. Das ist tatsächlich nichts anderes als die Festlegung eines Mindestlohnes in Höhe der untersten Tarifgruppe (von 10,30 € für Lohngruppe 1 ab 1. September 2007). Es folgten dann andere Branchen, nämlich Abbruch- und Abwrackgewerbe, Dachdeckerhandwerk, Gebäudereinigerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, und immer war es auch das Interesse der Unternehmen nach Schutz vor Dumping-Konzurrenz.

Eigentlich wäre also zu erwarten, daß die CDU, die ja immer einen Anspruch auf besondere wirtschaftliche Kompetenz erhebt, die generelle Einführung einer solchen Schutzfunktion vorantreibt. Aber, welche Verblüffung, genau das Gegenteil ist in der heutigen Mindestlohn-debatte der Fall. Wie mag man diesen Sinneswandel erklären? Offensichtlich dominieren die Interessen einer CDU-freundlichen Pressebranche über wirtschaftliche Vernunft. Diese Branche versucht bekanntlich gerade, in die bisher fair entlohnten Briefdienste mit Dumping-Löhnen einzubrechen, z.B. mit einem Heer von Zeitungsboten, die zu „Briefzustellern“ geadelt werden, weil sie für Stundenlöhne um 4 € dann und wann einen Brief zusammen mit der Zeitung einwerfen.

Besonders bemerkenswert ist auch die Kampagne der Springer-Presse. Vor dem Erwerb des Zustellunternehmens PIN AG prangert die „Bild“-

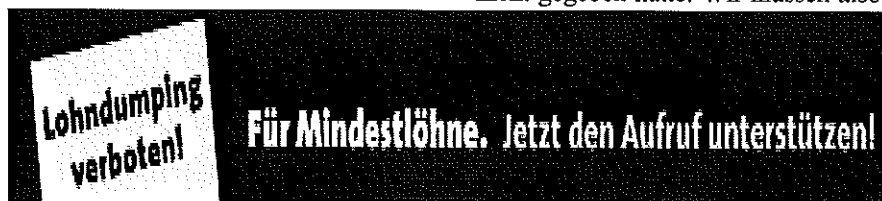
Zeitung im Dezember 2006 die (Zitat:) „Die Tabelle der Schande- Von diesen Hunger-Löhnen soll man leben“ an, heute, nach dem Erwerb, läßt sie Kommentator Sinn vom „angesehenen Institut“ verkünden „Mindestlöhne Gift für den Arbeitsmarkt“. Praktischerweise verlangt er gleich noch, daß der Staat einen Teil der Löhne übernehmen soll.

Die Führung von SPD und Gewerkschaften sind sich in dem Punkt einig: wir werden den Mindestlohn nach und nach in jeder einzelnen Branche durchsetzen, solange bis der irrationale Widerstand der CDU gegen eine generelle gesetzliche Regelung gebrochen ist. SPD Parteivolk, die Gewerkschaften, die Belegschaften in den Betrieben, mitdenkende Christdemokraten, nachdenkliche Unternehmer und jeder Bürger, der gegen unterbezahlte Arbeit eintritt, sind zum Schulterschuß aufgerufen, damit es schnell gelingt.



„Mehr Demokratie wagen . . .“

Über diesen Ausspruch von Altkanzler Willy Brandt haben wir im Zusammenhang mit den im Jahr 1972 erstellten Regeln für die 'Unechte Teilortswahl' nachgedacht. Vor inzwischen 35 Jahren wurden im Eingemeindungsvertrag diese Regeln vorgegeben, auch mit dem Hinweis, diese ab dem Jahre 1984 zu überprüfen. Seitdem sind nun schon wieder 23 Jahre vergangen und die Verhältnisse haben sich deutlich verändert. Die Einwohnerzahlen sind im Ortsteil Ahausen stärker gestiegen als im Ortsteil Bermatingen; in Ahausen lebt heute fast 29 % der Gesamteinwohnerzahl (3814). Das bedeutet aber doch ganz eindeutig, daß die früher im Eingemeindungsvertrag festgelegte Anzahl von drei Ratssitzen für Ahausen im 14-köpfigen Gemeinderat gar nicht mehr korrekt ist; vier Sitze wären angemessen und hätten bei mancher der vergangenen Kommunalwahlen auch erreicht werden können, wenn es die Vorschriften der 'Unechten Teilortswahl' nicht gegeben hätte. Wir müssen also feststellen, daß



demokratisch gerechte Verhältnisse in mehrfacher Hinsicht nicht mehr gegeben sind:

=> Ungerecht ist der Mangel an Chancen für den Teilort Ahausen mehr als 3 Ratssitze erreichen zu können,

=> ungerecht ist das System für die Kandidaten, die zwar ausreichend Stimmen erzielen, um nach üblichen demokratischen Wahlverfahren einen Platz im Rat zu besetzen, jedoch wegen der geltenden Sonderrechte der 'Unechten Teilortswahl' 'aussortiert' werden,

=> unbefriedigend ist das Wahlverfahren, weil es kompliziert und damit fehleranfällig ist; die Anzahl ungültiger Stimmen kann bis doppelt so hoch sein wie bei Wahlen ohne die UT. Auch die volle Nutzung des Stimmenkontingentes der Wähler leidet offensichtlich unter den Beschränkungen dieses Wahlverfahrens. Es gibt die 'Unechte Teilortswahl' nur in Baden-Württemberg und auch dort inzwischen nur noch in ca. 48 % der Gemeinden. Als Installation auf Dauer war sie wohl auch nie gedacht. Die aus 11 z.T. sehr kleinen Teilorten bestehende Gemeinde Salem hat die UT vor kurzem aufgegeben. Die aus nur zwei Teilorten bestehende Gemeinde Bermatingen – wenn man von Autenweiler absieht - kann ganz sicher sehr gut mit den allgemein üblichen demokratischen Wahlverfahren, also ohne die 'Unechte Teilortswahl' seine kommunalen Probleme gerecht regeln. Die verantwortungsvolle Tätigkeit aller Gemeinderäte gilt sowieso der Gesamtgemeinde und sollte nicht beschränkt sein auf den jeweiligen Wohnort. Fazit: Die SPD ist für die Abschaffung der unechten Teilortswahl weil sie undemokratisch ist und für die Ahauser keine Vorteile mehr bringt.

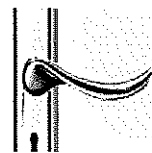
**Das soziale
Deutschland. SPD**

Jusos Bodenseekreis blicken auf ein erfolgreiches Jahr zurück

Das Jahr begann für die Jusos Bodenseekreis mit ihrem inzwischen schon traditionellen Neujahrsempfang zu dem sie Nils Hindersman, den Europaexperte des Juso-Bundesverbandes empfangen durften, um mit ihm die Zukunft der EU zu diskutieren. Nach ihrer Kreiskonferenz mit Neuwahlen, bei denen Leo Czerny im Amt des Vorsitzenden bestätigt wurde, nahmen die Jusos Bodenseekreis an der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg teil. Hier konnten sie sich auf Landesebene inhaltlich einbringen und konnten mit der Wahl des damaligen Kreisvorsitzenden Leo Czerny zum Bundeskongreßdelegierten auch einen personellen Erfolg erzielen. Auch in der Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD brachten sich die Jusos ein und konnten auf der Kreismitgliederkonferenz der SPD-Bodenseekreis inhaltliche Erfolge feiern.

Nachdem im Herbst auf Grund des Wegzugs des bisherigen Vorsitzenden auf einer außerordentlichen Kreiskonferenz Adrian Wiemer zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde beschlossen die Jusos kurz vor Weihnachten das Jahr mit einer Sachspendenaktion zu Gunsten von Kindern in einem Überlinger Asylbewerberheim. Hierbei informierten sich die Jusos vor Ort über die Situation von Asylbewerbern.

Weitere Informationen, Termine und Kontaktmöglichkeiten finden Sie unter www.jusos-bodensee.de



**Bitte eintreten!
Jetzt Mitglied werden.**



Was spricht für unser Hallenbad?

Als erstes das Ziel, dass möglichst alle Kinder das Schwimmen erlernen und üben können. Für den **Schulsport** ist das Hallenbad unersetzlich. Auch Erwachsene können das Schwimmen noch jederzeit erlernen und Freude daran haben. Vom Babyschwimmen bis zum Seniorenschwimmen reicht das ganze Angebot, also für jede Altersgruppe. Schwimmen ist eine gesunde und beliebte Sportart. Sei es als Breitensport oder schon im Leistungssportbereich wie unsere DLRG-Wettkampfgruppen es zeigen. Gerade diese Gruppen repräsentieren unser Dorf in ganz Deutschland bis zur Ostsee. Schwimmen ist eine gute Freizeitbetätigung für jung und alt. Der Spielnachmittag für Kinder am Samstag, das Erwachsenenschwimmen am Dienstag Vormittag und die Seniorenschwimmstunde am Freitag sind gern angenommene Angebote. Auch der Sauna- und Dampfbadbereich werden gern genutzt. Das Hallenbad ist ein Teil unserer Gemeinde mit wesentlichen Aufgaben. Es ist ein Teil des Sportunterrichts und der Ganztagesbetreuung der Schulkinder. Es deckt einen Teil bei der Ablegung des Sportabzeichens ab, es finden Schwimmwettkämpfe und Ausbildung der DLRG statt, die Ferienspiele werden von dem Angebot bereichert und nicht zuletzt ist das Nikolausschwimmen ein wichtiger Termin im Jahresablauf. Dies alles können die Spass- und Thermalbäder in unserer Region nicht anbieten.

Aber muss aus Kostengründen das Hallenbad als ein Stück **Bermatinger Kultur** abdanken? Die anstehende notwendige Renovierung wird durch sichtbare Risse im Gebäude erheblich teurer als zuerst geplant. Die anfallenden Renovierungs- und Umbaukosten von ca. 3 Mio. € werden die Finanzen der Gemeinde wohl auf Jahre hinaus überfordern. In diesem Falle sehen auch wir keine Möglichkeit das Hallenbad weiter zu erhalten. Die Bürger können sich aber selber ein Bild zur Situation des Hallenbades machen am 14. Februar in der Bürgerversammlung im DGH.

Streifzüge durch die Gemeinde

Energie sparen am falschen Platz

Ist ihnen das auch schon mal passiert?

Sie kommen beschwingt aus der Besenwirtschaft und wollen, vernünftigerweise, zu Fuß heimgehen. Markdorfer- und Heidbühl Str. sind noch einigermaßen beleuchtet. So weit so gut. Geht's dann in die Nebenstrassen, in diesem Fall auf den Treppenweg zum Unteren Höhenweg, dann wird's richtig unheimlich. Stockfinstere Nacht, man sieht nicht die Hand vor Augen, geschweige denn die Treppenstufen. Wenn nicht jemand aus der Gruppe an diesem Abend seinen Autoschlüssel nebst daran befindlicher Kleinsttaschenlampe dabei gehabt hätte, wer weiß wo wir alle in dieser Nacht noch gelandet wären. Vielleicht sogar im Krankenhaus. Das Ganze trug sich nicht etwa gegen Morgen zu, sondern zu einer noch recht zivilen Zeit gegen 23:30 Energie sparen ist ja ganz vernünftig, aber nicht an der falschen Stelle. Straßenlampen sind doch dazu da, dass sie leuchten und das vor allem wenn es dunkel ist. Ist doch logisch, oder?

Die Geschichte ist aber noch nicht zu Ende!

Ort des Geschehens: Der Fußgänger Überweg an der Schule. Zeit: morgens 7:15 im November, fast noch dunkel. Schemenhaft sind die Kinder am Straßenrand zu erkennen auf dem Weg zur Schule. Sie sind auch deshalb kaum zu erkennen weil die beiden gelben Speziallampen, die den Überweg ausleuchten sollen, nicht angeschaltet sind. Sind die Schalter noch nicht auf Winterzeit eingestellt oder woran liegt's? Wenn etwa auch hier aus Einspargründen die Lampen nicht brennen, dann wäre das ein Skandal an dieser sensiblen Stelle.

Lob

An der Einmündung der Jägerstrasse in die Autenweilerstrasse ist endlich eine Parkverbotsfläche ausgewiesen worden. Es wurde



auch höchste Zeit, diesen neuralgischen Punkt zu entschärfen.

Wenn man sich aber weiterhin die Gesamtparksituation in der Autenweiler- und Heidbühlstrasse anschaut, dann stellt man fest, dass es da manchmal verdammt eng zugeht. Da kommt man dann kaum mit dem Fahrzeug durch oder auch als Fußgänger weil die Bürgersteige zugestellt sind. Längerfristig sollte es Gemeindeziel sein hier ein durchgängiges Parkverbot durchzusetzen.

Zu Weinfestzeiten kann man ja eine Ausnahme machen. Weiterhin ist der Neubau der Brücke über den Dorfbach in der Jägerstrasse zu loben. Man hätte sie sich allenfalls noch etwas breiter gewünscht. Für die Fußgänger sollte deshalb ein zusätzlicher, einfacher Holzsteg auf der Nordseite doch noch drin sein.

Groß erdrückt Klein!

Irgendwie passt dieses Haus nicht ins Bild, meinen wir. Die Proportionen stimmen einfach nicht, wenn man sich das Umfeld an der Heidbühlstrasse anschaut.

Klar, es gibt den § 34 der Landesbauordnung der gewisse Ausnahmen zulässt, aber musste es gleich so „dicke“ kommen?



Da hat man nun diese schöne denkmalgeschützte Mühle im Dorf und dann stellt man so einen Klotz daneben. Lange wurde seinerzeit um den Schutz der schönen alten Bauten im Ort gerungen, Stichwort Ensembleschutz, und nun das! Und was ist eigentlich mit dem prachtvollen Nussebaum passiert? Muss man nicht eine Genehmigung haben für das Fällen eines solchen Kalibers? Und sollte es eine solche gegeben haben, wer hat diese gegeben und mit welcher Begründung?

Termine des Ortsvereines:

- 21.01 Fraktionssitzung mit der LBU
- Februar KDK SPD Bodenseekreis
- 22.02. JHV SPD Bermatingen
- 25.02. Veranstaltung „außerschulische Bildung“
- 10.03. Versammlung des Ortsvereines
- 13.03. Veranstaltung „Weiterbildung“
- 10.04. Versammlung des Ortsvereines
- 24.04. Veranstaltung „berufliche Bildung“

Impressum:

Beiträge lieferten: P. Dick, A. Eglauer, A. Fonferek
B. Grau, A. Kemmer, J. Pagel

Für den Inhalt verantwortlich:

SPD Ortsverein Bermatingen
Oberer Höhenweg 10
88697 Bermatingen

Telefon: 07544/71573
Telefax: 07544/71573
Email: webmaster@spd-bermatingen.de
www.spd-bermatingen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Salem
BLZ: 69051725
Konto: 2006625

SPD